

Vorschlag / Aufruf zum bundesweiten Aktionstag am 29. Oktober 2007

„IHR seid überflüssig“

Der Aktionstag unter dem Motto „IHR seid überflüssig“ (Arbeitstitel) soll sich gegen die geschönten Arbeitsmarktzahlen sowie gegen die ‚Aufschwungs-Kampagne‘ der Bundesregierung und der Arbeitsagentur richten und diese zu skandalisieren versuchen.

Das vorgeschlagene Motto **„IHR seid überflüssig“** soll vor allem deutlich machen, dass wir und **nicht** appellativ an Parteien wenden, damit diese für uns unsere Interessen vertreten, sondern deutlich machen, dass gerade sie überflüssig sind.

Im Mittelpunkt soll die Delegitimation von Parteien und Institutionen der ‚Stellvertreterpolitik‘ sein.

Delegitimierung der Parteien und der Regierungspolitik - wir delegieren unser politisches Mandat nicht

Ein wesentlicher Kern des Aktionstages ist, dass wir das Mandat zur Vertretung unserer Interessen an niemanden delegieren, sondern dass wir dieses Mandat im Sinne der ‚Aneignung des Politischen‘ in die eigene Hand nehmen.

(„Euch für die Zukunft zu erlösen, das könnt ihr nur selber tun“)

Wichtig ist, dass wir unseren Aktionstag auch in den Zusammenhang von **Aneignung** und individuellen und **Globalen Sozialen Rechten** stellen (menschenwürdige Existenzrechte für alle - hier und überall).

Inhaltliche Anknüpfungsmöglichkeiten

Armutskampagne / Kinderarmut

Im Sinne von ‚Verarmung durch Hartz IV‘ sollte an die Kinderarmuts/Verarmungskampagne

Auch aus bündnispolitischen Überlegungen angeknüpft werden.

Altersarmut (durch Hartz IV)

Bezugnahme auf die (gewerkschaftliche) Kampagne gegen die ‚Rente mit 67‘, die von Müntefering in vorauseilendem Gehorsam durchgepeitscht wurde.

(Nur 20% der derzeit 60-65jährigen sind derzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt).

Prekarisierung

Zeitarbeit, 1-€-Jobs als Form erzwungener Arbeit (Überwachung/Repression, keine ‚Arbeitnehmer‘-Rechte), Generation Praktikum, Niedriglohnsektor („Von Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch“)

Seit Mitte der 90er Jahre ist der Niedriglohnsektor ständig gewachsen (heute in Deutschland ca.

8 bis 9 Millionen NiedriglohnempfängerInnen, davon ca. 3 bis 4 Millionen Vollzeitbeschäftigte;

1 Mio. erhalten zusätzlich Hartz IV; Niedriglohnsektor liegt in Deutschland gemessen an allen Beschäftigten um ca. 17% über europäischem Niveau).

Lüge vom „Aufschwung“ / Arbeitsmarktstatistik

Bundesregierung, hier insbesondere die SPD und Arbeitsagentur verbreiten zunehmend die Legende,

Agenda 2010 und die ‚Hartz-Reformen‘ begannen jetzt zu wirken (SPD: ‚Gute Arbeit‘, Abnahme der Arbeitslosenzahlen).

- Thematisierung des Niedriglohnssektors
- Statistik: Warum gelten 2,5 Mio. Menschen mit Hartz IV/ALG II nicht mehr als arbeitslos?

- Wer profitiert vom ‚Aufschwung‘? (Private Rendite versus Abbau und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge)

Termin des Aktionstages

Als Termin des Aktionstages schlagen wir **Montag, den 29. Oktober 2007** vor.

Dieser Termin liegt nach dem Sozialforum in Deutschland (Cottbus, 18. - 21.10.2007), so dass wir den Aktionstag dort auf der Versammlung der Sozialen Bewegungen nochmals vorstellen können.

Ein früherer Termin (etwa im September) erschien unrealistisch, da der September bereits belegt ist (Antikriegstag, Tag der Mahnung, Afghanistan-Demo) und in diesem Monat die Vorbereitungen für das SfiD in die ‚heiße Phase‘ treten.

Für ‚nur‘ einen Protesttag spricht, dass dies für eine bundesweite mediale Wirkung günstiger ist und ein Montag Anknüpfungsmöglichkeiten für die noch stattfindenden Montags-Demos bietet und so möglichst viele Städte und Initiativen mit einbezogen werden können (vergl. Agenturschluss, Hartzschluss).

Zielorte des Protestes

Über die Orte des Protestes muss jeweils einzeln von den Initiativen entschieden werden.

Hier bieten sich die Büros der Koalitionsparteien sowie der ‚Hartz-IV-Parteien‘ (SPD und Grüne, CDU), die Arbeitsagenturen, jeweilige Abgeordneten-Büros, aber auch Kreistage sowie die Vertretungen der Profiteure und Exekutoren von ‚Ein-€-Jobs‘ an.

Aktionsformen

Für **Berlin** wird vorgeschlagen, vor dem Ministerium für Arbeit und Soziales symbolisch ein ‚Zille-Denkmal‘ einzuweihen.

Dabei soll bei der Aktion an das Zille-Zitat ‚Man kann einen Menschen mit einer Wohnung genauso töten wie mit einer Axt‘ angeknüpft werden mit dem Motto „Man kann mit Hartz IV auch Menschen erschlagen“.

Für Berlin sollten wir auch überlegen, ob die Parteien des ‚rot-roten Senats‘ nicht eine besondere Würdigung verdient haben.

In **Leipzig** bietet sich als Ziel des Protestes das dortige Porsche-Werk an. Porsche produziert (eher montiert) dort die Luxuskarosse Cayenne ‚just in time‘ mit ca. 30% Zeitarbeitskräften (Skandalisierung von Luxusproduktion auf Kosten von Arbeits- und Entlohnungsbedingungen).

Der Zusammenhang von Agenda 2010/Hartz IV und Druck auf den ‚Arbeitsmarkt‘ (Niedriglohnsektor, Zeitarbeit und damit Spaltung der Belegschaften, prekäre Beschäftigung) kann hier besonders dargestellt werden, ggf. Zusammenarbeit mit IG Metall in Leipzig.

[Mögliche Ergänzung des Themas Zeitarbeit: Rolle des Ex-Wirtschafts- und Arbeitsministers Wolfgang Clement, als einstiger SPD-Minister Exekutor von Hartz I-IV und Liberalisierung von Leiharbeit, jetzt Aufsichtsrat im fünftgrößten dt. Zeitarbeitsunternehmen DIS-AG (Deutscher Industrie Service), zu 83% von Adecco übernommen; sowie seit Mai 2006 im ‚Konvent für Deutschland‘, ähnlich der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft]

Weitere Aktionsformen sind

- die aktive Schließung oder Belagerung von Parteibüros und deren freundliches Kennzeichnen mit Plakaten und Aufklebern (IHR seid überflüssig)
- die Produktion von (metallinen) ‚Zwei-€-Stücken‘ , die den jeweiligen Vertretern vor die Füße geworfen werden können (vergl. die ‚Anpassung‘ des Regelsatzes um zwei Euro)
- das (symbolische) Zumauern von Parteienbüros und Arges (vielleicht mit beklebten/beschrifteten Umzugskartons etc.

Forderungen

Vorgeschlagen wird, weiterhin auf unsere ‚klassischen‘ Forderungen zu fokussieren:

- Sofortige Erhöhung des Regelsatzes auf 500 €
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden
(hier ggf. mit dem Zusatz: gegen jegliche Arbeitszeitverlängerungen)
- gesetzlicher Mindestlohn von 10 €

‚Bürgerarbeit‘ und ‚Kombilohn‘ sollen im endgültigen Aufruf angesprochen werden.